

Mittwoch (Vormittag), 4. Dezember 2019 / Mercredi matin, 4 décembre 2019

Gesundheits- und Fürsorgedirektion / Direction de la santé publique et de la prévoyance sociale

60 2019.RRGR.76 Motion 058-2019 Imboden (Bern, Grüne)
Mehr Schutz vor Diskriminierung im Kanton Bern dank griffigem Massnahmenplan
Richtlinienmotion

60 2019.RRGR.76 Motion 058-2019 Imboden (Berne, Les Verts)
Plan de mesures destiné à améliorer la protection contre les discriminations dans le canton de Berne
Motion ayant valeur de directive

Präsident. Wir kommen zur Motion unter Traktandum 60. Es ist eine Motion von Grossrätin Imboden: «Mehr Schutz vor Diskriminierung im Kanton Bern dank griffigem Massnahmenplan». Es ist eine Richtlinienmotion, und deshalb führen wir eine reduzierte Debatte. Die Motionärin ist beim Punkt f so mit der Regierung einverstanden, also annehmen und abschreiben. Habe ich das richtig gesehen? – Und Punkt g ist zurückgezogen. Aber sie sagt es sicher gleich noch. Ich gebe der Motionärin das Wort.

Natalie Imboden, Bern (Grüne). Die vorliegende Motion will ein Anliegen aufnehmen, das nicht immer unsere erste Priorität ist, das aber für die Menschen mit Migrationshintergrund Realität ist. Sie will, dass der Diskriminierungsschutz für Menschen mit Migrationshintergrund im Kanton Bern verbessert wird. Es wird bereits einiges gemacht, aber wir sehen Handlungsbedarf. Wer mit Menschen spricht, die vielleicht nicht eine schweizerische Hautfarbe haben, oder einen Namen, der nicht ganz einheimisch tönt – die erleben tagtäglich häufig Dinge, die klar diskriminierend sind, beim Suchen einer Wohnung, beim Suchen einer Stelle. Das ist die Realität von Menschen, es ist aber auch dokumentiert. Für alle, die es nachlesen wollen: Es gibt ein nationales Forschungsprogramm «On the Move», welches das sehr vielfältig dokumentiert.

Die Regierung sagt in der Antwort, dass sie bereits vieles macht. Wir sind der Meinung, das reiche noch nicht, und möchten Ihnen gerne beliebt machen, hier weitergehende Massnahmen zu unterstützen. Bei den betroffenen Punkten, Buchstaben, die entgegengenommen werden – b, c, d und f –, sind wir der Meinung, man könne diese Abschreibung genehmigen. Beim Punkt h wird meine Kollegin noch erwähnen, weshalb wir die Abschreibung nicht unterstützen. Der letzte Punkt ist zurückgezogen.

Ich komme noch auf die beiden Punkte zu sprechen, die jetzt noch umstritten sind: Es ist der Punkt a und die Frage der Ombudsstelle. Wir sind der Meinung, es sei eben eine Aufgabe der öffentlichen Hand, hier mehr zu machen als heute gemacht wird. Die Regierung schreibt in der Antwort, es sei primär das persönliche Engagement der Personen gefragt. Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn diskriminiert wird, kann man nicht sagen, es seien primär diese Personen gefragt. Wenn man weiss, dass man es bei der Wohnungssuche, wenn man einen Namen hat, der fremdländisch ist, viel schwieriger hat – statistisch erwiesen –, eine Wohnung zu finden, kann man das nicht dieser Person anlasten. Da ist tatsächlich die öffentliche Hand gefragt, auch einen Beitrag zu leisten. Es gibt im Kanton Bern mit dem «gggfon – Gemeinsam gegen Gewalt und Rassismus» bereits eine Institution, eine Anlaufstelle, die wichtige Arbeit macht. Wir sind der Meinung, solche Arbeit müsse ausgeweitet werden. Bisher war dieses Angebot für Gemeinden aus dem Raum Bern und dem Raum Burgdorf, also längst nicht flächendeckend. Inzwischen scheint es, dass der Kanton dieses Angebot ausdehnen will. Das ist richtig und wichtig und notwendig, und wir sind froh, dass man hier in diese Richtung geht. Wir sind aber weiterhin der Meinung, dass es eine öffentliche Aufgabe ist, hier proaktiv zu sein. Wenn man heute nur 0,2 Prozent der Integrationsaufwendungen dafür investiert, ist es zu wenig. Ich bitte Sie, den Punkt a und die Schaffung einer Ombudsstelle, Punkt e, als Motion zu unterstützen.

Präsident. Je donne la parole à Samantha Dunning comme co-motionnaire, et pour le groupe PS-JS-PSA.

Samantha Dunning, Biel/Bienne (PS). Je vous recommande comme co-motionnaire, tout comme le groupe socialiste, de soutenir les points a, e et h en motion, et de ne pas les classer, nous sommes d'accord pour l'adoption et le classement des points b, c et d.

La protection contre les discriminations est un pilier fondamental de la politique d'intégration en Suisse, et doit aussi l'être dans le canton de Berne. Cette politique repose sur plusieurs principes, dont celui de l'intégration, qui est un processus réciproque impliquant autant les Suisses que les étrangers et qui suppose donc un esprit d'ouverture de la part des Suisses et l'élimination des obstacles discriminatoires. Par la formule « encourager et exiger », il est attendu que l'Etat prenne des mesures pour encourager l'intégration, notamment dans le domaine de la protection contre les discriminations. En effet, plusieurs études révèlent que la discrimination freine l'intégration des personnes étrangères, comme l'accès à l'emploi. Il est ainsi absolument nécessaire de s'engager publiquement en faveur de l'inclusion sociale et contre les discriminations, notamment par le biais de campagnes. Nous maintenons donc le point a en motion.

Le temps imparti étant trop court et Natalie Imboden ayant traité le point e, j'aimerais encore aborder le point h que je vous prie d'accepter en motion et de ne pas classer. Théoriquement, l'offre de sensibilisation, de formation et de conseils est également prévue en français avec les prestataires « gggfon » et « Berner Rechtsberatungsstelle für Menschen in Not (RBS) ». Cependant l'information n'est actuellement disponible qu'en allemand sur leur site Internet. Même si les prestataires interviennent en français, l'accès à l'offre en français n'est pas clair pour les personnes concernées. Il est ainsi absolument nécessaire de remédier à cela, ne serait-ce qu'en traduisant leur site Internet. Il faut qu'en tant que francophones, nous sachions qu'une offre existe pour nous. C'est pourquoi nous refusons le classement de ce point h. Je vous recommande donc, ainsi que le groupe socialiste PS-JS-PSA, d'accepter les points a, e et h en motion et de ne pas les classer, les points b, c et d peuvent être classés.

Präsident. Für die FDP, Hans-Peter Kohler.

Hans-Peter Kohler, Spiegel b. Bern (FDP). Für die FDP-Fraktion geht dieser Vorstoss viel zu weit, schießt klar übers Ziel hinaus. Es geht ja vor allem um die Punkte a und e. Jetzt gerade zu Punkt a: «Öffentlich finanzierte Kampagnen für eine soziale Inklusion». Man muss doch einfach sehen: Der Kanton Bern, nicht nur der Kanton Bern, macht bereits sehr viel. Der Sozialstaat ist auch ausgebaut, und wir haben schon gestern über etwas gesprochen, das wir manchmal nicht gern hören: das Fördern und Fordern. Das Fordern gehört einfach auch bei diesen Leuten dazu, die mit dieser Motion angesprochen werden. Was wollen Sie denn mit dieser Kampagne machen, «soziale Integration»? Was wollen Sie denn dort fordern und dem Volk nachher vorlegen? – Es wird bereits sehr viel gemacht. Auch die Ombudsstelle braucht es für die FDP-Fraktion nicht. Bei den anderen Punkten: Wir haben Institutionen, wir haben Anlaufstellen. Das ist nicht nötig. Es ist unnötig. Deshalb stimmt die FDP-Fraktion, der letzte Buchstabe wurde ja zurückgezogen, wie der Regierungsrat vorschlägt.

Christine Schnegg, Lyss (EVP). Der Schutz vor Diskriminierung ist ein wichtiges und richtiges Anliegen. Das ist auch in der Fraktion EVP unumstritten. Im Integrationsprozess diskriminiert zu werden, ist für die betroffenen Personen zusätzlich belastend, und wir unterstützen die Ziele der Motionärinnen. Wir sind aber wie der Regierungsrat zum Schluss gekommen, dass die Forderungen bei den Buchstaben b, c, d, f und h genug erfüllt sind, und wir unterstützen deshalb die Annahme und die Abschreibung bei diesen Punkten. Vom Mehrwert der öffentlich finanzierten Kampagne sind wir auch nicht überzeugt, und auch die Schaffung der Ombudsstelle und zusätzlicher Anlaufstellen unterstützen wir so nicht. Die Fraktion EVP ist der Meinung, dass betroffene Personen die nötigen Anlaufstellen finden, so wie der Regierungsrat in der Antwort beschrieben hat. Bei den Leistungspartnern wurden die Mittel erhöht – das konnten wir lesen –, und es gibt Voraussetzungen für eine gute Erreichbarkeit, auch mehrsprachig. Diese wurde ausgebaut. Damit ist für uns auch die Forderung von Buchstabe h erfüllt. Zusammengefasst: Wir unterstützen die Motion in allen verbliebenen Buchstaben wie vom Regierungsrat vorgeschrieben oder vorgeschlagen.

Haşim Sancar, Bern (Grüne). Der gesellschaftliche Frieden hängt davon ab, wie ein diskriminierungsfreies Klima geschaffen werden kann. Das bedeutet auch, dass die Migrationsbevölkerung und benachteiligte Gruppierungen Gehör finden, sich sicher und gerecht behandelt fühlen. Natürlich haben auch sie, wie alle anderen Menschen, Pflichten und müssen Verfassung und Gesetze respektieren. In der Schweiz haben wir, auch dank der positiven Konjunktur, gute Verhältnisse. Dennoch, punkto Diskriminierung haben wir noch viele Hausaufgaben zu erledigen. Deshalb ist es wichtig, dass antidiskriminierende Massnahmen nicht einfach zufällig und ab und zu, sondern regelmässig und permanent umgesetzt werden. Dazu gehören auch öffentliche Kampagnen wie dies in Punkt a verlangt wird. Die Fraktion Grüne ist auch wie der Regierungsrat der Meinung, dass das «gggfon» und die Rechtsberatungsstelle für Menschen in Not qualitativ sehr gute und wertvolle Arbeit leisten. Daher begrüssen wir die finanzielle Unterstützung durch den Kanton Bern auch in der Zukunft.

Doch im Gegensatz zum Regierungsrat unterstützt die Fraktion Grüne weiterhin die Schaffung einer Ombudsstelle, die alle Beschwerden bearbeitet, die sich auf die Arbeit der Verwaltung beziehen. Dies betrifft den Punkt e. Der Regierungsrat erwähnt, dass die Leute sich bei der GEF melden können, wenn sie sich von den Beratungsstellen ungerecht behandelt fühlen. Wir denken, dass hier etwas durcheinandergebracht wird. Primär geht es hier nämlich um Diskriminierungen, welche die Verwaltung zu verschulden hat. Die GEF ist als Beschwerdeinstanz keine geeignete Stelle. Es geht um eine von der Verwaltung unabhängige Ombudsstelle. Deshalb werden die Grünen an den beiden Punkten a und e festhalten.

Anne Speiser-Niess, Zweisimmen (SVP). Die SVP hat sich mit der Motion auch intensiv beschäftigt, und wir sind sehr dankbar, dass die Motionärin die Punkte, die eigentlich schon bestätigen, dass das alles bereits gemacht wird, dass wir da Annahme und Abschreibung so behandeln können. Zu Punkt a, einer Kampagne für die soziale Inklusion, können wir uns nicht wirklich vorstellen, was eine Kampagne bringen soll. Wenn man von Inklusion berichtet, dann basiert das nicht nur auf Finanzen, sondern hat auch mit Eigenverantwortung der Direktbetroffenen zu tun. Wir wissen, dass ganz viele Fremdsprachige, seien das Asylsuchende oder schon Aufgenommene, es nicht schaffen, die vorhandenen Angebote, zum Beispiel die Sprachkurse, während Jahren zu nutzen. Für uns ist es bedenklich, wenn zum Teil nach über fünf Jahren, während denen jemand den Zugang zu diesen Sprachkursen hat und in der Schweiz ist, kein Fortschritt vorhanden ist. Das wäre auch etwas, das man zur Inklusion beitragen könnte anstatt Diskriminierung. Denn sobald jemand unsere Sprache sprechen kann, wenn er sich verständigen kann, ist der Zugang ganz anders, als wenn man das nicht kann.

Beim Punkt e sind wir der Überzeugung, dass es auf kantonaler Ebene nicht noch einmal eine Ombudsstelle, eine zusätzliche Ombudsstelle braucht. Wir haben ganz viele Anlaufstellen, wo diese Personen die Möglichkeit haben, ihre Anliegen darzubringen, und diese Anlaufstellen können genutzt werden, und sie sind vorhanden. Zu Punkt e: Wir sind der Meinung, dass auch hier ... Entschuldigen Sie: Bei Punkt h sind wir der Meinung, dass das Angebot in französischer Sprache vorhanden ist. Das ist der Grund, weshalb die SVP bei dieser Motion einstimmig so abstimmen wird, wie es der Regierungsrat vorschlägt.

Jan Gnängi, Jens (BDP). Es bleiben jetzt also von dieser sehr breiten Motion noch die beiden Punkte, bei denen es um die öffentlich finanzierten Kampagnen und um die kantonale Ombudsstelle geht. Bei den öffentlich finanzierten Kampagnen geht es mir ähnlich wie Christine Schnegg von der EVP. Es ist für uns tatsächlich etwas fraglich, was so etwas denn bringen würde. Wir sind auch der Meinung, dass man hier wohl eher über das Ziel hinausschiessen würde. Das Thema der kantonalen Ombudsstelle ist hier im Saal ja kein neues. Es wurde schon mehrmals diskutiert. Auch da schliessen wir uns dem Regierungsrat an und haben die Position in den vorgängig geführten Diskussionen oder in den Diskussionen, die hier zu diesem Thema schon mehrfach geführt wurden, nicht geändert. Wir würden uns also bei dieser Motion wie vom Regierungsrat beantragt verhalten.

Samuel Kullmann, Hilterfingen (EDU). Auch die EDU-Fraktion folgt der Argumentationslinie und den Empfehlungen des Regierungsrates. Es ist mein Eindruck, dass gerade eine Kampagne hier wirklich sehr wenig bringen würde, was das Kosten-Nutzen-Verhältnis anbelangt. Allgemein habe ich den Eindruck, dass wir hier im Kanton Bern eine Bevölkerung haben, die sehr tolerant ist und grundsätzlich eine grosse Mehrheit wohlwollend ist, verständnisvoll gegenüber Asylsuchenden, gegenüber Flüchtlingen, gegenüber Ausländern, und es ist gut. Ich bin froh darum, dass es so ist. Es

wird immer eine Minderheit geben, die dort wohl Probleme haben wird, die sich auch unangebracht bis ja wirklich falsch verhält. Aber dort denke ich, sind wir als Gesellschaft gefordert, dass wir im Alltag mit Zivilcourage hinstehen. Und andererseits, auch als Staat sind wir gefordert, dass wir ein gerechtes Asylwesen haben, dass wir unsere Gesetze auch durchsetzen können. Mein Eindruck ist, dass es eine kleine Minderheit von Asylsuchenden gibt, die sich eben leider auch schwierig verhalten und wo unser Staat auch gewissermassen zu wenig ausgerüstet ist, um damit umzugehen beziehungsweise zu wenig Handhabe hat.

Es kommt mir manchmal vor, als wäre der Staat ein «Schiri» auf dem Fussballplatz, der versucht, ein Spiel zu managen, und dann gibt es einfach einzelne Spieler, die ein Foul nach dem anderen begehen, und der «Schiri» hat keine rote Karte dabei, sondern er kann nur gelbe Karten geben. Dadurch verliert er an Autorität, an Glaubwürdigkeit. So kommt es mir manchmal vor im Asylwesen, dass man bei denen, die sich nicht gut verhalten, zu wenig durchgreifen kann und dass das auch einen Frust in der Bevölkerung auslöst. Ich wünschte mir, dass man in diesem Bereich noch mehr Möglichkeiten hätte und denke, dass das allgemein die Akzeptanz, gerade der ausländischen Bevölkerung, verstärken würde. Wie gesagt: Wir folgen hier der Regierung und danken für die Diskussion.

Barbara Mühlheim, Bern (glp). Auch wir von der glp bestreiten, dass öffentliche Sensibilisierungskampagnen oder Ombudsstellen, die letzten, immer die klassischen Interventionswünsche der SP, hier taugliche Mittel sind, um der Problematik der Diskriminierung etwas entgegenwirken zu können. Es ist so, wir stehen manchmal alle am Haag, wenn kleine Gruppen von Schwarzafrikanern, die vor der Reithalle seit Jahren mit Koks dealen, eine Gruppe von Eritreern, die seit gut zwei Jahren auf der kleinen Schanze mit Cannabis dealen, Romas, Sinti, die Abfall liegen lassen, kleinste Gruppen, die in keinem Verhältnis zur gesamten Thematik dieser Ethnien stehen, unser Bild prägen, zu einer Abwertung führen und schlussendlich zu einer Diskriminierung. Aber das schaffen wir nicht mit Diskriminierung, oder das schaffen wir nicht mit Sensibilisierungskampagnen, davon wegzukommen. Wo Kampagnen zur Sensibilisierung etwas bringen, das ist höchst umstritten. Wenn Sie die grossen Studien des Bundesamts für Gesundheit (BAG) anschauen, wo es etwas gebracht hat: ausser viel Geld nicht viele Reaktionen. Aus diesem Grund halten wir es wie der Regierungsrat. Wir werden, analog dem Regierungsrat, die Punkte nicht annehmen oder abschreiben oder eben ganz ablehnen.

Kolleginnen und Kollegen, ob wir hier Diskriminierung machen, hängt – ich sage es immer wieder – von uns allen ab, im Kleinen, von uns, die Häuser besitzen: dass wir mit einer Selbstverständlichkeit einen Mix von Leuten aus verschiedenen Ethnien machen, und wenn es ein wenig Schwierigkeiten gibt – diese gibt es nämlich ab und zu –, dass wir uns denen annehmen und ganz unkompliziert, dort, wo wir unsere Lebenswelt haben, versuchen, eine andere Haltung, anders mit Verschiedenheit und Abwertung umzugehen. Das ist ein erster Schritt. Wir müssen auch aufhören, alle Themen, die ein wenig unangenehm sind, immer irgendwie einem anonymen Staat zu übergeben, sondern wir müssen bei uns im kleinen Bereich anfangen.

Präsident. Wir sind mit allen Fraktionen durch. Je donne la parole à Monsieur le Conseiller d'Etat, Pierre Alain Schnegg.

Pierre Alain Schnegg, directeur de la santé publique et de la prévoyance sociale. Depuis 2014, le canton de Berne cofinance de nombreuses activités dans le domaine de la protection contre les discriminations dans le cadre du programme d'intégration cantonal. Permettez-moi ici de rappeler brièvement l'intervention que j'ai faite hier soir lors des débats sur la loi (*Loi sur l'aide sociale dans le domaine de l'asile et des réfugiés, LAAR / Gesetz über die Sozialhilfe im Asyl- und Flüchtlingsbereich, SAFG*). C'est vrai que j'ai fait ces déclarations en allemand, mais pour les résumer : je tiens ici encore une fois à souligner que les offres dans le domaine de l'asile sont supérieures à celles à disposition pour les habitantes et habitants de notre canton. Alors, de parler de discriminations ne me semble peut-être pas tout à fait dans le bon ordre.

Si je reviens aux différents points, pour le point a : les efforts actuellement déployés par le canton dans le domaine de l'intégration sont suffisants pour assurer la réussite de l'inclusion sociale. L'engagement des personnes concernées joue, toutefois, un rôle essentiel. Une campagne financée par les pouvoirs publics n'est donc pas nécessaire. Le gouvernement vous invite donc à rejeter le point a.

Pour le point b : sur mandat du canton, « gggfon » fournit un conseil professionnel à bas seuil aux personnes concernées et aux spécialistes, francophones et germanophones. Le service est également actif en milieu scolaire – conseils au corps enseignant et interventions dans les écoles. Je tiens ici également à souligner que le contrat de prestations entre ma Direction et ces institutions prévoit explicitement d'offrir des prestations dans les deux langues, et si cela ne devait pas être respecté, il est bien clair que nous serons intransigeants sur ce point, et que nous ne financerons pas des services qui n'auraient pas été fournis, mais mentionnés dans le contrat de prestation. La demande étant d'ores et déjà réalisée, le gouvernement vous invite donc à accepter le point b et à le classer.

Pour le point c, le service « RBS » propose un conseil juridique spécialisé aux personnes en situation d'urgence. « RBS » et « gggfon » organisent entre autres des formations continues et des manifestations de sensibilisation, accomplissant un travail d'information, et assurent la mise en réseau avec les autres acteurs. Les activités de rapport et de contrôle prévues dans les contrats de prestations avec le canton garantissent la qualité de l'offre. La demande des motionnaires est donc d'ores et déjà satisfaite, raison pour laquelle nous vous demandons d'accepter ce point, et de le classer. Dans le cadre du Programme d'intégration cantonal du canton de Berne 1 (PIC 1), le canton a financé des perfectionnements pour les personnes en charge des consultations. Lors des formations continues relatives aux entretiens personnels prévus dans le modèle bernois, les communes sont sensibilisées aux différentes offres de conseil. Du matériel d'information est en outre disponible. Cette demande est également satisfaite, raison pour laquelle l'Exécutif vous invite à accepter le point d, et à le classer.

Pour le point e, le Conseil-exécutif juge superflu de créer un service de médiation supplémentaire. Les personnes qui s'estiment lésées peuvent sans autre déposer une plainte auprès du mandant, à savoir ma Direction. Il vous recommande donc de rejeter ce point. Pour le point f, la SAP a augmenté ses subventions à gggfon à compter de 2019, du fait de la hausse de la demande de conseils. La demande est donc satisfaite, et je vous invite à accepter ce point, et à le classer. Le point g ayant été retiré, je ne donnerai pas d'autres commentaires. Pour le point h, les offres de « gggfon » et « RBS » sont disponibles dans les deux langues officielles. Une brochure dans les deux langues visant à informer des programmes de protection contre les discriminations va être publiée. La demande est donc satisfaite, et le gouvernement vous invite à accepter ce point, et à le classer.

Präsident. Ich muss Natalie Imboden als alte Häsin nicht darauf aufmerksam machen, dass sie bei einer Richtlinienmotion nur noch nach vorne treten darf, wenn sie wandeln will, und deshalb hat sie noch einmal das Wort. (*Grossrätin Imboden informiert den Präsidenten, dass sie ihre Motion nicht in ein Postulat wandelt. / Mme la députée Imboden informe le président qu'elle ne transforme pas sa motion en postulat.*) Ach so, wenn nicht, verabschiede ich Sie wieder. Vielen Dank und auf Wiederhören, Frau Imboden! (*Heiterkeit / Hilarité*)

Dann kommen wir zur Abstimmung, und zwar punktweise Abschreibung – entschuldigen Sie: Abstimmung. Natalie Imboden und Samantha Dunning, bitte hören Sie, gut zu, ob ich es richtig sage: Punkt a: als Motion aufrechterhalten. Punkte b, c und d: mit Annahme und Abschreibung einverstanden. Dann würde ich aber auch gleich gemeinsam darüber abstimmen lassen. Punkt e: als Motion aufrechterhalten. Punkt f: mit Annahme und Abschreibung einverstanden, wie die Regierung. Punkt g: zurückgezogen; Punkt h: als Motion aufrechterhalten und bestritten. Habe ich es so richtig gesagt? – Gut, dann kommen wir zu den Abstimmungen, zuerst zu Punkt a. Wer die Motion in Punkt a annehmen will, stimmt Ja, wer das nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.RRGR.76; Bst. a)

Vote (2019.RRGR.76 ; lit. a)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui 49

Nein / Non 97

Enthalten / Abstentions 0

Präsident. Sie haben den Punkt a abgelehnt, mit 97 Nein- gegen 49 Ja-Stimmen bei 0 Enthaltungen. Wer den Punkt b annehmen und gleichzeitig abschreiben will, stimmt Ja, wer das nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.RRGR.76; Bst. b; Annahme und gleichzeitige Abschreibung)

Vote (2019.RRGR.76 ; lit. b ; adoption et classement)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 144

Nein / Non 3

Enthalten / Abstentions 0

Präsident. Sie haben diesen Punkt angenommen und gleichzeitig abgeschrieben, mit 144 Ja- gegen 3 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen.

Wer den Punkt c annehmen und gleichzeitig abschreiben will, stimmt Ja, wer das nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.RRGR.76; Bst. c; Annahme und gleichzeitige Abschreibung)

Vote (2019.RRGR.76 ; lit. c ; adoption et classement)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 144

Nein / Non 3

Enthalten / Abstentions 0

Präsident. Sie haben auch Punkt c angenommen und gleichzeitig abgeschrieben, mit 144 Ja- gegen 3 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen.

Wer den Punkt d annehmen und gleichzeitig abschreiben will, stimmt Ja, wer das nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.RRGR.76; Bst. d; Annahme und gleichzeitige Abschreibung)

Vote (2019.RRGR.76 ; lit. d ; adoption et classement)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 146

Nein / Non 2

Enthalten / Abstentions 0

Präsident. Sie haben den Punkt d angenommen und gleichzeitig abgeschrieben, mit 146 Ja- gegen 2 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen.

Der Punkt e ist als Motion aufrechterhalten. Wer diesen annehmen will, stimmt Ja, wer das nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.RRGR.76; Bst. e)

Vote (2019.RRGR.76 ; lit. e)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui 51

Nein / Non 97

Enthalten / Abstentions 0

Präsident. Sie haben den Punkt e abgelehnt, mit 97 Nein- gegen 51 Ja-Stimmen bei 0 Enthaltungen.

Punkt f: Man ist mit dem Vorschlag des Regierungsrates wiederum einverstanden. Also: Wer diesen Punkt annehmen und gleichzeitig abschreiben will, stimmt Ja, wer das nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.RRGR.76; Bst. f; Annahme und gleichzeitige Abschreibung)

Vote (2019.RRGR.76 ; lit. f ; adoption et classement)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui	146
Nein / Non	3
Enthalten / Abstentions	0

Präsident. Sie haben auch diesen Punkt f angenommen und gleichzeitig abgeschrieben, mit 146 Ja- gegen 3 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen.

Dann noch Punkt h: Wer diesen als Motion annehmen will, stimmt Ja, wer das nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.RRGR.76; Bst. h)

Vote (2019.RRGR.76 ; lit. h)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui	65
Nein / Non	83
Enthalten / Abstentions	0

Präsident. Sie haben diesen Punkt abgelehnt, mit 83 Nein- gegen 65 Ja-Stimmen bei 0 Enthaltungen.